

# Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

**Bezugspreis** für Post und Stadt freibleibend. Dinstags halbm., SM. 1.10. Postbez. monatlich Nachzahlung vorbehalten. Erhöht nachlässig nachmittags. Einzelnummer 15 Cpts., Sonnabends 25 Cpts. Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Völknerstraße 4; Anzeigelleitung: Postfach 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg, im Falle zöb. Gen. (Kreis) u. l. Postfach 4. Lieferort: Leipzig.



**Anzeigenpreis** für den achthelpten Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklamezettel 32 Goldpfennige; für Chiffreanzeigen und Nachmeldungen 21 Goldpfennige. — Bei Umrechnung in Bogenmaß ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgebend. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzprofi ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 67

Mittwoch, den 19. März 1924

164. Jahrgang

## Die geheimen Abmachungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei

Berlin, 19. März. Zu dem am 25. Januar 1924 veröffentlichten Freundschafts- und Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei werden jetzt die bisher offiziell immer abgelehnten

### geheimen Abmachungen

bekannt. Es handelt sich um fünf Dokumente. Das erste Dokument ist ein einseitiger Vorvertrag der Vertragsunterzeichnung aufgetretener Geheimverträge zwischen den beiden Regierungen, worin förmlich noch auf den Beitritt Tschechiens zu dem Vertrag geredet wird. Das dritte Dokument ist der Kooperationsvertrag, den Beneš nach seiner Besprechung mit Poincaré am 19. Januar in Belgien dem jugoslawischen Außenminister Rističević vorlegte. Das vierte Dokument ist das Geheimprotokoll, in dem Rističević seine Ablehnung formuliert. In dem fünften Dokument, dem Investitionsprojekt zum Behauptungsplan der französischen Militärmission vom 11. Dezember 1923 wird festgelegt, wie weit die Tschechoslowakei Leben und Blut, Frankreich aber Kredit hergeben sollte, damit Frankreich in der Tschechoslowakei eine militärische Stützlinie hat.

### Am interessantesten ist

### das zweite Dokument,

die am gleichen Tage wie das Bündnis unterzeichnete Deklaration zu dem Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei. Das Dokument lautet:

1. Die Tschechoslowakei tritt bei einem Kriege mit Deutschland mit ihrer gesamten Kriegsmacht auf die Seite Frankreichs und umgekehrt verpflichtet sich Frankreich, bei einem Kriege zwischen der Tschechoslowakei mit Deutschland diesem Kriege zu erklären.
2. Bei einem Kriege Polens mit Deutschland treten beide Vertragsparteien auf die Seite Polens.
3. Vor der Eröffnung von Feindseligkeiten zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn gibt Frankreich die Unterstützung der Tschechoslowakei mit Kriegsmaterial zu erkennen. Beide Vertragsparteien halten sich bei einem Konflikt Polens-Rußland neutral.
4. Bei einem Wideraufbruch der Aufstandsbewegung in der Bundesrepublik Österreich machen beide Vertragsparteien durch ihre Vertreter bei den Bundesbehörden in Wien auf die Folgen in Form einer Verletzung der Bundesrepublik durch verbotene Truppen aufmerksam.
5. Die Wiederherstellung der Substanz in Ungarn verpflichtet Frankreich zur sofortigen Entsendung der Armee, beide Vertragsparteien auf das Eintreten einer Verletzung der Kontrolle. Ueber den weiteren modus procedendi einigen sich beide Vertragsparteien.
6. Der Verlust einer

### Restaurierung der Hohenzollern in Deutschland

oder einem seiner Länder erfordert sofort härtesten Einspruch. Ultimata fänden beide Vertragsparteien in gleichen Worten Unterstützung. Sanctionen im Westen und Südwesten unter Bezugnahme auf den Vertrag, Notwendigkeit der Wiederherstellung Deutschlands bedeutet einen casus belli.

Zu Ausland sind freundliche Beziehungen im Einvernehmen anzubahnen. Ein liberall Auslands auf Rumänien erfordert die Unterstützung Rumäniens mit Kriegsmaterial.

9. Die Unterzeichnung dieses Bündnisses durch Frankreich bei einem Kriege zwischen Polen und Deutschland ist eine Erklärung beider Vertragsparteien auf Deutschland.
10. Unabhängig bleibt die Stellung beider Vertragsparteien in Italien.

### Die Beziehungen Italiens

zur Erlangung einer Mittelmeerherrschaft werden von beiden Vertragsparteien bekämpft.

Genehmigt zu Paris, gefertigt in zwei Exemplaren am 25. Januar 1924. Dr. Edward Beneš, Raymond Poincaré.

Ueber die Bedeutung dieser Freundschafts- und Bündnisverträge wird noch viel zu reden sein. Sicher ist schon heute, daß sie in der ganzen Welt ein ungeheures Echo hervorgerufen wird. Man muß neugierig sein, welche Antwort das „friedliebende“ Frankreich in seiner Presse geben wird.

### Die Reorganisation des französischen Heeres der Kammer beschließen.

Paris, 19. März. In der Kammerführung erklärte Paul Doumer, daß die Sozialistische Partei gegen den Antrag auf Eröffnung des Budgets über die Reorganisation der französischen Armee stimmen werde. Die Kammer hat mit 405 gegen 150 Stimmen die Spezialdebatte über das Projekt betreffend die Reorganisation des französischen Heeres beschlossen.

### Der französische Grenzschutz der Kammer.

Paris, 19. März. Die Kammer hat gestern nachmittag über einen Gesetzentwurf betreffend die Reorganisation der französischen Armee verhandelt. Der Berichterstatter der Heereskommission erklärte u. a., daß die französische Armee lediglich auf die Führung des Verteidigungskrieges beschränkt sein müsse. Ein künftiger Krieg werde an Verfestigt den von 1914 bei weitem übersteigen. Die Grenzschutzarmee, die zurzeit 32 Divisionen beträgt, werde nicht genügen; sie werde lediglich eine wertvolle Unterstützung der Reservearmeen während ihrer Mobilisierung.

### Annahme der französischen Steuervorlagen.

Paris, 18. März. In einer Vor- und Nachmittagsitzung erledigte der französische Senat heute sämtliche Steuervorlagen, die er in einer Abstimmung mit 151 gegen 23 Stimmen am 17. März mit 74 Senatoren waren anwesend. Die übrigen 126 entzogen sich der Abstimmung.

### „Revanche“.

Wiesbaden und Paris.

Paris, 18. März. Die Potsdamer Stadtvorordneten wählen werden von der gesamten französischen Presse als ein Beleg dafür angesehen, daß die „Revanche“, wie die „Liberte“ in ihrer Leberstiftung schreibt, bedeutend an Boden gewonnen. Der Sieg der Deutschnationalen wird unumwunden zugegeben. Um besonders mit diesem Wahlergebnis Stimmung gegen Deutschland zu machen, verlegen mehrere Blätter die Wahl einfach von Potsdam nach Berlin und lägen ihren Lesern vor, daß es sich um Berliner Stadtvorordnetenwahlhandlungen handele.

Von der deutschen Demokratie erwartet das Ausland alles. Von der deutschen Rechte aber lauter Unheil. Wer glaubt, daß das Ausland am besten weiß, was Deutschland frommt, der wählt deshalb die Demokratie, macht damit seinen Kotau vor den Feinden und — „rettet Deutschland“.

### Der Morgan-Kredit.

London, 18. März. Gegenüber französischen Heberkreisläufen mag wiederholt werden, daß der Morgan-Kredit 30 Mill. Dollar auf drei Monate beträgt. Man hält hier den Versuch, den Franken unter 100 zu setzen, für riskant.

### Thennis stellt sein neues Kabinett vor.

Paris, 18. März. Heute nachmittag trat die belgische Kammer nach längerer Pause wieder zu einer Sitzung zusammen. Das neue Kabinett Thennis stellte sich vor. Der Ministerpräsident hielt dabei eine Rede, worin er ausführte, daß die ganze Außenpolitik der früheren Regierung von der Frage beherrschet war, zu einer billigen und praktischen Lösung der Reparationsfrage zu gelangen. Infolge des schiedlichen Willens Deutschlands sei man gezwungen gewesen, an der Seite Frankreichs eine Zwangsorganisation vorzunehmen. Heute sei die Reparationsfrage in ein neues Stadium eingetreten. Sachverständige der Alliierten in Amerika luderten die Frage. Belgien fordere das, was es als berechtigt und unumgänglich notwendig sowie praktisch durchführbar ansehe. Wenn es weniger verlangte, so würde es eine Sünde verraten, für welche so viele Belgier ihr Leben opfereten. Zum ersten Male seit dem Waffenstillstand könne man optimistisch sein, daß die Reparationsfrage gelöst werde. Die Lösung hänge allerdings von einem Einverständnis unter den Alliierten ab. Die Arbeiten der Sachverständigen schritten fort. Ihr Bericht würde in wenigen Tagen vorgelegt werden. Er werde überall mit Ungeduld erwartet. Sofort danach würden außerordentlich wichtige Verhandlungen, von denen Belgens Zukunft abhängt, stattfinden. Damit die belgische Regierung dabei die volle Spieltheorie, die ihr die Alliierten des belgischen Volkes auferlegen, müsse auf das Vertrauen und die Unterstützung des Parlaments rechnen können. Thennis sprach sodann über das belgische Budget. Nur das außerordentliche Budget weise ein Defizit auf, denn Belgien müsse für 1 Milliarde 200 Millionen aufkommen, die Deutschland hätte bezahlen sollen. Infolgedessen werde es notwendig sein, im nächsten Jahr ein Defizit von 400 Millionen neuer Steuern einzuführen.

### Sozialistische Opposition in der Kammer.

Brüssel, 19. März. Die sozialistische Linke hat gestern früh beschlossen, gegen das Kabinett zu opponieren. Die Debatte im Senat über die getrigge Kabinettsveränderung wird am kommenden Donnerstag eröffnet werden. In der Kammer hat man mit der Aussprache sofort begonnen. Als einer der ersten Heber ergriff Wamberebe das Wort und stellte zunächst in ungeschönten Worten die unversöhnliche Nachlässigkeit fest, mit der Ministerpräsident Thennis an die Spitze der Regierung zurücktrete.

### Einsetzen in Rom.

Rom, 19. März. Laut „A. V.“ wird jetzt zu den Unstimmigkeiten zwischen Rom und Bukarest halbamtlich erklärt, daß die italienische Regierung keinen Aufbruch der Kräfte des rumänischen Königs paars verlangt habe, sondern lediglich in Bukarest um Verschleppung der schwebenden Angelegenheiten ermahnt habe, damit das Königs paars in Rom eine ungestörte Atmosphäre vorfinde.

### Die englisch-russische Konferenz.

London, 19. März. Geheuer wurde endgültig bekanntgegeben, daß die englisch-russische Konferenz während der ersten Aprilhälfte in London zusammenzutreten wird. Es wird erwartet, daß die Vorsitzenden der Führer der russischen Delegation sein werden.

### Niederlage der Passisten im englischen Unterhaus

London, 18. März. Der geistige Vorsitz der Passisten im englischen Unterhaus, welcher auf die völlige Entwaffnung Englands ohne Rücksicht auf die Haltung anderer Länder abzielte, endete mit einer vernichtenden Niederlage für die Passisten, für deren Anfrage nur 13 von 370 Anwesenden stimmten.

Es hatten einige Mitglieder der Arbeiterpartei eine Herabsetzung des britischen Heeres von 161 000 auf 100 000 Mann gefordert. Die Regierung erklärte zu der Anfrage, zur Politik internationaler Abrüstung durch gegenseitiges Ueber einkommen Zutreten zu haben; sie müsse sich aber dem Untage widersetzen, der eine britische Abrüstung inmitten einer bewaffneten Welt befürworte.

### Die deutsche Zahlungsfähigkeit.

Das internationale Sachverständigenkomitee scheint Deutschland kein Moratorium gewähren, sondern von ihm sofort größere Zahlungen verlangen zu wollen. Eine solche Forderung übertrifft die deutsche Zahlungsfähigkeit ganz außerordentlich.

Vor dem Kriege waren die gesamten Staats- und Gemeindefesteinnehmungen in Deutschland auf 2,86 Milliarden zu veranschlagen. Die Sachverständigen würden also bei einer Forderung von 2 Goldmillarden jährlich mehr als zwei Drittel dieses Betrages in Anspruch nehmen. Aus demselben Quellen, aus denen im Jahre 1913 200 Goldmillionen an das Reich und an der Staat kamen, sind im Jahre 1924 nicht weniger als 500 Goldmillionen geflossen. Während man für 1913 die Belastung für öffentliche Zwecke mit 18 Prozent des Einkommens veranschlagen konnte, beläuft sie sich für 1924 auf durchschnittlich mindestens 40 Prozent, wobei zu beachten ist, daß die hinter dieser Ziffer zurückbleibende Belastung der großen Masse eine Anspannung der Produktion und des Handels bis teilweise 100 Prozent des Einkommens erfordert!

Während das steuerfreie Durchschnittseinkommen in Deutschland je Kopf der Bevölkerung 1913 540 Mark betrug, beläuft es sich jetzt nur auf 160 Mark. Der jetzige Reichshaushalt schließt mit 5,5 Goldmillarden ab; er ist aber wahrscheinlich zu günstig aufgestellt; schon die Befugnisse der Reichsfinanzverwaltung betragen 2,5 Milliarden (also den Betrag der gesamten französischen Kriegsschuldigung an Deutschland 1871) betragen, wird seine Durchführung unmöglich machen.

Wie arm wir geworden sind, zeigt ein Vergleich zwischen dem früheren und dem jetzigen Gesamteinkommen der Bevölkerung. Früher konnte das Gesamteinkommen auf 40 bis 50 Milliarden jährlich veranschlagt werden; heute beträgt es höchstens 17-18 Milliarden. In der Vorkriegszeit betrug der durchschnittliche Zuwachs an neuen Vorkriegszeit jährlich 3 Milliarden Mark; die Guthaben bei den deutschen Banken und Sparkassen zeigten eine jährliche Zunahme von 11-1200 Goldmillionen; die Vermögen der Sozialversicherung und der großen Versicherungsanstalten wuchsen um rund 500 Goldmillionen jährlich; insgesamt konnte die jährliche Kapitalneubildung vor dem Kriege auf mindestens 6-8 Goldmillionen veranschlagt werden. Man denke nur daran, daß Ende 1912 ein Nominalbetrag von 42,5 Milliarden fest veranschlagte Werte an der Berliner Börse notierte, und daß im ganzen rund 100 Goldmillarden Staats- und Kommunalanleihen ausgegeben waren; diese Beträge sind jetzt fast reiflos entwertet. Einen Vorteil haben die Personen, deren Schulden entwertet wurden, aber nicht gehabt, da auch ihr Vermögen entwertet wurde; der Gewinn auf der einen Seite wurde durch den Verlust auf der anderen Seite ausgeglichen. Man denke an den Hausbesitz; vor dem Kriege wurde die hypothekarische Belastung des häuslichen Haus- und Grundbesitzes auf 40-50 Goldmillionen angenommen bei einem Gesamtwert von circa 80 Goldmillionen. Von diesem Betrag gingen rund 6 Prozent (4,5-5 Goldmillionen) an Miete ein, während die hypothekarische Belastung 2-2,5 Milliarden an Zinsen usw. erforderte. Dieser letzte Betrag braucht jetzt nicht mehr gezahlt zu werden; dafür sind aber auch die Mieteinnahmen fast vollständig verschwunden. Die früher durch das Kapital selbst mögliche jährliche Kapitalneubildung kann infolge der Verwertung des Kapitals nur noch erfolgen durch die Sparaktivität; wie soll diese aber vor sich gehen, wenn das gesamte Volkseinkommen auf 40 Prozent des früheren Betrages gefallen ist?

Unsere letzte relativ „günstige“ Lage ist nur erzeugt worden durch die „Säuflichkeit“ der Mark. Diese Lage nahm ich aber nicht anders als das Ergebnis einer entschuldigungslossten Entwertung von Vermögenserwartungen; der Staat hat durch die Befreiung des Vermögenswertes 1 Billion — 1 eine Entwertung vorgenommen, die sehr bald zu einem Rückgang führen muß, wenn nicht für neue Einkünfte eingeht gefordert wird und wenn der Produktion durch die außerordentlich hohe Besteuerung noch weiteres Kapital entzogen wird.

### Das Ende des Singapore-Planes.

Eine neue Rede Macdonalds.

London, 19. März. Der Unterstaatssekretär der Admiralität Ammon gab gestern im Namen der Regierung die Erklärung ab, die englische Regierung habe beschlossen, den Plan der Eröffnung einer Flottenbasis in Singapur nicht weiter in Erwägung zu ziehen. Ammon erklärte, die Regierung habe sich eingehend mit der Singapurfrage beschäftigt, sei jedoch nach heftiger Prüfung aller gegebenen Tatsachen und nach Anhörung der Regierungen der überliegenden Dominions zu ihrem Beschluß gekommen. Sie werde die bisherige Linie der Verteidigungspolitik fortführen und nichts unternehmen, was den Ansehen offizien Charakter gewinne oder als Provokation anderer Mächte aufgefaßt werden könne.







Die letzte Fragen an Hitler und Ludendorff.

Urteil am 31. März. — Vertagung auf Freitag.

München, 18. März. Zu Beginn der heutigen Verhandlung verlas General Ludendorff zunächst folgende Erklärung:

1. Es ist eine unrichtige Behauptung, wenn Kardinal Hinderer als Richter: Ich hätte ausgeführt, der Kardinal hätte hinter den Kulissen, Bayern und Österreich zusammenzuschließen. Davon steht in meiner Aussage nicht ein Wort.

2. Ein authentischer Wortlaut der Bekanntschaft des Kardinals als Rechtsanwalt ist trotz verschiedener an den Kardinal herangetriebener Bemühungen in der deutschen Presse nicht veröffentlicht worden. Darum sind Mißverständnisse über einige Redewendungen selbstverständlich und auch an und für sich nicht ausgeschlossen.

Kardinal Faulhaber hat sich mit dem „Lufthansa-Fall“ und dem deutschen Einmarsch in Belgien befaßt. Nach der Weimarer Staatsregierung hat Kardinal Faulhaber diese beiden Fälle, den „Lufthansa-Fall“ und den „deutschen Einmarsch in Belgien“ als „Verbrechen“ verurteilt. Diese Urteile schreibt unter Bezugnahme:

... und was den Einbruch meiner Kenntnisse noch erhöht war die Tatsache daß er nicht antwortete, auch seinem eigenen Volke offen und unverfälscht die volle Wahrheit zu sagen. Der Kardinal verurteilt... die eingangs erwähnten Akte militärischer Natur als Verbrechen.

Der Kardinal selbst bezeugt in einem Brief vom 30. Juli 1923 an die „München-Magazin“ die Absetzung, daß er über diese beiden Fälle gesprochen habe.

Der Vorliegende verlas dann eine Stelle aus dem Nachrichtenblatt II des Oberkommandos des Kampfes und es über die Befragung vom 23. Oktober, worin als einzig gangbarer Weg von Hitler die Aufstellung der deutschen Frage in letzter Stunde von Bayern aus und Bildung einer deutschen Regierung.

Nur drei Möglichkeiten.

Entweder wiederum eine Kapitulation oder aber einen Kampf mit offenkundiger Macht. Dieses Programm ist auch Mitte Oktober angenommen worden, und aus diesem Gesichtspunkte heraus seien die Maßnahmen ergriffen worden, die in der nichtöffentlichen Sitzung besprochen wurden.

Er habe, nachdem sich Ludendorff über das Programm geäußert habe, nicht gleich geantwortet, er habe den Beginn dieses Kampfes für eine Katastrophe erklärt, insbesondere aber er wußte, daß dieser Kampf nicht in die Hand nehmen wollte. Die Lage war eben die, daß sich bis eine Minute vor 12 Uhr mittig, dann aber die Uhr wieder zurückstellte. Für ihn, Hitler, gebe es nur eine einzige Möglichkeit, die nach Berlin.

Hierauf verlas Ludendorff auf Wunsch des Vorliegenden seinen am 3. November im Heimatland veröffentlichten Artikel „Die völkische Bewegung“ und gab eine Interpretation zu dem Hauptteil des Artikels:

„Die völkische Bewegung führt durch Kampfgemeinschaft zur Volksgemeinschaft, zunächst unter völkischer Führung. Die völkische Bewegung in München verurteilt wurde, daß die völkische Gemeinschaft, wie er sie auffasse, die Zusammenfassung aller Deutschen bedeute, die bereit seien, zur inneren Gesundheit und deutschen Freiheit zu Raum und Ehre des Vaterlandes zusammenzukommen. Vorübergehend kommt hierfür die völkische Diktatur in Frage.“

Ja im Monarchismus.

erklärte Ludendorff, daß die Monarchie kann erst kommen, wenn das Volk es in München befreit die völkische Diktatur. Ich habe mich während des Krieges wiederholt mit

der Diktaturfrage beschäftigt müssen. In Frankreich, England und Amerika fanden Diktaturen an der Spitze. Mir wurde der Vorwurf gemacht, daß ich nicht die Diktatur übernommen habe. Ich hätte es tun müssen, und das ist der Vorwurf, den ich mir mache.

Auf Befragen des Vorliegenden erklärte Ludendorff weiter, daß er noch am 8. November abends einzig und allein an die Errichtung eines nationalen Reichsdirektoriums als Lösung

gedacht habe. Dr. v. Scheubner-Richter habe ihm auf der Fahrt zum Bürgerbräu erklärt, daß Hitler den Herren Stahl, Vossow und Seiser in der Richtung ihrer Wünsche zum Absprung verhelfen habe. In Zusammenhang des Absprungs habe er dann unter dem gleichen moralischen Zwang wie jene Herren getan. Von einer Diktatur Hitler-Ludendorff habe man immer mehr von der anderen Seite gesprochen, er habe nur an eine Lösung durch politischen Druck auf den Reichspräsidenten geglaubt.

Hier erhob sich Hitler und erklärte: Ich befinde, ich kannte damals und heute noch keinen anderen militärischen Führer für Deutschland als General Ludendorff. Auch die Briefe, die ich im Gefängnis bekommen habe, sehen in Ludendorff allein den militärischen Führer für die große kommende Abrechnung.

Auf eine Frage des Vorliegenden antwortete Hitler, er habe Ludendorff über dessen militärische und diktatorische Befugnisse vorher nie gesprochen, Ludendorff sei zuerst gegen Vossow gemeint und es sei Hitler nicht leicht gefallen, Ludendorff zu sagen, daß er sich mit Vossow geeinigt habe. Vossow habe Ludendorff erst nähere Aufklärungen über die

angelegte Patentlösung

gegeben. Er behaupte, daß die Herren Ebert und Stresemann von Ludendorff über dessen militärische und diktatorische Befugnisse herangeführt worden sei. Der Marsch nach Berlin war so gedacht, daß in einem Augenblick die große Kavallerie einziehen sollte, damit die Reichsarmee in Berlin sich erst gegen die Reichsarmee stellen konnte. Staatsanwalt Ebert hat Ludendorff erklärt, daß er sehr erwidert, wenn ein Vertreter des Auswärtigen Amtes vom Gericht über die außerpolitischen Wirkungen des Rufes gehört werde. Auch inopportunität habe der Ruf schwere Folgen gehabt. Darauf sagte Hitler:

Selbstverständlich, das war ja auch die Absicht. Unter Punkt sollte die Regierung hinweggehen, die sich fünf Jahre mit der Frage des Abstands befassen mußte. Der Marsch nach Berlin war so geplant. Wir haben gerade die Absicht gehabt, unsern Land die Freiheit wiederzugeben und es von der Reichsarmee zu befreien. Hätten wir andere eigenmächtige Zwecke im Auge gehabt, dann würde es für uns alle nur hier eine Strafe geben, nämlich den Tod.

Hierauf wurde die Beweis auf Nachfrage gelassen. Seitens der Staatsanwaltschaft wurde jedoch die Frage aufgeworfen, ob die Ludendorff in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung gehalten werden sollte. Der Vorliegende befragte Ludendorff über die nichtöffentliche Sitzung an, über diese Frage zu entscheiden. Im 1/1 Uhr ist die nichtöffentliche Sitzung, ohne daß die Öffentlichkeit wiederhergestellt werden würde, beendet. Es wird bekannt, daß die nächste öffentliche Sitzung am Freitag vor dem 1/1 Uhr stattfinden wird. In dieser Sitzung wird dann auch über die Angelegenheit über den Angelegenheiten werden, ob die Ludendorff in öffentlicher oder geheimer Sitzung gehalten werden sollte.

Die Weihnachtsgans Zeigners.

Leipzig, 18. März. Vor dem Landgericht wird heute der Prozeß Zeigner fortgeführt. Zunächst steht nun der Fall Brandt zur Verhandlung. Müblius gibt heute an, daß Brandt erst im Januar 1923 gegen Zeigner in der Wohnung nach Dresden seinen Brand habe Zeigner in einem Café gepulst, und dort habe Brandt den Münzler in einem Kumer ein Obadengeld mit 17000 Mark als Beilage überreicht. Als sie das Café verließen, habe Zeigner ihm mehrere Bündel Scheine, zusammen 10000 Mark, gegeben, und einige Zeit darauf in Leipzig noch 7000 Mark in den Worten: „Schaffen Sie das Geld heraus zu Brandt.“ Er, Zeigner, habe das Geld aber behalten. Brandt habe dann Zeigner, um sich ihm erkenntlich zu zeigen,

eine Weihnachtsgans

formlich ausgedrängt. Auch diese habe er, Müblius, an sich genommen; ebenso habe er Wehl, das ihm Brandt als Geschenk für Zeigner gegeben habe, an dessen Familie verkauft und das Geld für sich verbraucht. Der Vorliegende macht Müblius auf diese Widersprüche in seinen Angaben aufmerksam und äußerte dabei: „Da sehen Sie, was Ihre Aussagen wert sind.“

Der Landwirt Brandt ist schwer krank und deshalb kommissarisch vernommen worden. Er bekennt, er habe die 5000 Mark, die er dem ersten Obadengeld, das er Müblius übergeben habe, begeben, für Dr. Zeigner bestimmt. Die Übergabe der Gans stellt Brandt in der Tat übereinstimmend die gute eingetragene Gans und sagte: Herr Doktor, hier haben Sie eine gute Weihnachtsgans vom Bauernhof. Lassen Sie sie sich geschmecken. Gesunde Feiertage.“ Dr. Zeigner lächelte freundlich und erwiderte: „Ich danke schön.“ Darauf sagte er mir auf den Bauch und sagte dabei, das glaube er schon, ich hätte keine Not, wo ich alle Tage Gänsebraten essen könnte.

Auf Vorhalten der Verteidigung hat Brandt bei der kommissarischen Vernehmung diese Angaben dahin eingeschränkt, Dr. Zeigner habe möglicherweise die Gans abgeholt, aber die Abholung habe er nicht ernst genommen. Bei der Übergabe der Gans seien keine weiteren Personen zugegen gewesen.

Im 1/2 Uhr tritt die Mittagspause ein. In der Nachmittagssitzung wurde Staatsanwalt Dr. Graf als Zeuge vernommen, der den Einbruch gewonnen hat, als ob die Vernehmung durch den Hof des Staatsanwalts Fiedler beeinflusst worden sei.

Es wird dann Staatsanwalt Fiedler als Zeuge aufgerufen. Müblius hat ihm nicht den Einbruch gemacht, als ob er beeinflusst gewesen sei. Er habe ihm gegenüber keinen Zwang ausgeübt und keine Drohungen gebraucht. Einmal habe Müblius gesagt, wenn er etwas gegen Zeigner auslöse, greife ich die sozialistische Partei mit allen Mitteln an. Er habe hinzugefügt, daß man ihn nach dem Leben trachten werde. Die Verhaftung des Müblius ist nach

betrifft, mußergültig auch für alle anderen Nationen aufbereitet. Als Diktator der kaiserlichen Kriegsmarine bereitete er die Verheerung Frankreichs vor, dessen weitere Entwicklung wiederum allein Tirpitz Werk ist. Seit 1897 war Admiral v. Tirpitz Staatssekretär der kaiserlichen Marine und hat als solcher die Gesamtheit der deutschen Flotte in kürzester Zeit mit geringsten Kosten und mit politisch weit aussehendem Blick geschaffen. Das Werk Tirpitz, die zweitgrößte Flotte der Welt, wäre in der Hand einer geschickten politischen Leitung eine Waffe gewesen, die Deutschland in allen Jahren der Geschichte hätte. Das aber war die Tragik dieses Meisters: er war ein Mann, dem der Bismarck keine ebenbürtige Waffe hat ihm die Hand, um im vollen Verständnis für die Größe des Wertes, das hier geschaffen wurde, die dargebotene Waffe zu ergreifen und zu führen. Die größte Enttäuschung wird für Tirpitz gewesen sein, daß diese Waffe, die er geschmiedet hatte, selbst im Krieg nicht rüstloslos eingesetzt wurde, weil die verantwortlichen Führer deutscher Politik selbst gegen die kämpfenden Gegner nicht entschieden aufzutreten wagten. Man hat in englischen Selbstverurteilen die Schuld am Weltfrieden und seinem Ausgang auch in Deutschland bei Tirpitz zu finden versucht. Großadmiral v. Tirpitz wurde vorgeworfen, daß er durch die Schaffung der Flotte erst England zum Kampfe gezwungen hätte! Sogar hätte die Entente den Krieg nicht für nötig gehalten, wenn wir den Zustand, den uns das Verfallter Diktator schuf, schon vor dem Krieg freiwillig auf uns genommen hätten. Aber weit wesentlicher als die Flotte war unter den Gründen, die England zum Krieg bewegen, die immer härter aufsteigende deutsche Wirtschaft, die man nicht in einem „Zweimaldehntausend 3:5“ zu fesseln vermochte. Solche Schwärme können das Verdienst des Gründers der deutschen Flotte nicht schmälern. Sein Werk hat die Probe bestanden, für die er es schuf: Wo nur immer deutsche und englische Geschwader sich im Laufe des Krieges zum Kampfe trafen, da hat sich die Überlegenheit der deutschen Flotte gezeigt. Grenvold, wie sie sich schlug, ist sie in Stapa Flot untergegangen. Das Werk Tirpitz möge im Gedächtnis des deutschen Volkes lebendig bleiben und mahnen an seine unverwundliche Kraft. Gerade in diesen Tagen, in denen das deutsche Volk wieder einmal entscheiden soll, wer seine politischen Führer werden sollen, gerade in diesen Tagen soll man in Treue des großen Mannes gedenken, der sein ganzes Leben und seine ganze Kraft für Deutschlands Größe eingesetzt hat.

Die Technik der französischen Brestpropaganda.

Es ist überaus lehrreich, einmal sorgfältig französische Zeitungen hinsichtlich ihrer gegen Deutschland gerichteten Propaganda durchzugehen. Es könnte wenigstens lehrreich für uns sein, wenn wir das Organ beäugeln, derartige Dinge zu lernen. Vorläufig tröste ich mich mit dem Satz: immer aliquid haeret.

Das pathetische, mit großgedruckten Ueberschriften langierte Wort- (und Anzahl) geföhrt hat das Zeitliche geföhrt. Schließlich hat die Zeitungsindustrie selbst einen Partier Diktator treuere auch ihre Bresten. Natürlich kann es nicht fehlen, daß gar zu elementar Propagandabehauptungen geföhrt aufweisen, an derer Stelle ferriert werden, wozu sich natürlich Ereignisse, wie sie sich derzeit in München abspielen, besonders geeignet sind. Aber im allgemeinen ist die Taktik, die man als Brunnenergründung bezeichnen könnte, jetzt vorherrschend.

Da ist zunächst der Börsenbericht ein famoses Instrument, um als eindringliche Begleitmusik zu allen unangenehmen Ereignissen das Lied von Deutschlands Schuld an Allem zu ergreifen. Es drängt sich nicht vor, aber es schwebt unausweichlich über allen Bresten, die das französische Staats- und Wirtschaftsgeschehen herumtreiben. Man fährt sich nicht in große Anstalten, seine Behauptungen zu begründen, sondern konstatiert ruhig und gleichsam in Barente: fort schreitende Erholung des Franzosenberzweiflers: Gegenaktionen deutscher Waispfeilerblüten muß. Es verzieht sich vor selbst, daß diese Klagen mit Vorwürfen an die Regierung gepulst sind, wie sie es Deutschland erlauben könnte, Wein zu trinten, anstatt Reparationen zu bezahlen. Dabei werden in vorbildlich geföhrt Weise zur Kennzeichnung des deutschen Volkstums Ziffern verwendet, von denen neunundneunzig Prozent der französischen Bresten ganz bestimmt nicht wissen, ob sie „nein“ trotz oder nur Biermarkt legter Auflage darstellen. Natürlich nimmt er an, es seien Rentenmarkt!

Einer gemessen kommt entbehren die mühen und bezogenen Ausfälle nicht, in denen die französischen Konsumenten sich bei den Handelskammern der Brestproduktionsgebiete befragen, daß sie es nicht verbinden, daß neuerdings Deutschland das Beste, was Frankreich zu vergeben hat: seinen Burgunder und Bordeaux zu freien schließt — oder wenigstens einführen darf, bei denen allerdings ein biederer französisches Weintrinkerblüten muß. Es verzieht sich vor selbst, daß diese Klagen mit Vorwürfen an die Regierung gepulst sind, wie sie es Deutschland erlauben könnte, Wein zu trinten, anstatt Reparationen zu bezahlen. Dabei werden in vorbildlich geföhrt Weise zur Kennzeichnung des deutschen Volkstums Ziffern verwendet, von denen neunundneunzig Prozent der französischen Bresten ganz bestimmt nicht wissen, ob sie „nein“ trotz oder nur Biermarkt legter Auflage darstellen. Natürlich nimmt er an, es seien Rentenmarkt!

Frugbare Möglichkeiten zur Entfaltung solcher parthenischen Reparationspropaganda bietet das gegenwärtige in Frankreich immer dringender werdende Wohnungsproblem. Deutschland, heißt es, hat es gut im Vergleich zu uns, Deutschland darf alljährlich anstatt Reparationen zu zahlen, so und so viele Milliarden — man schreibt nicht: Billionen, weil dadurch der Papiergeldcharakter evident würde — für Wohnungsbauten aufwenden und so das Geld, das von Rechtstagen uns gehört, in nicht ersparbaren Immobilien anlegen.

So geht es bis in die lokalen Details hinein. Wie z. B. der Bund Pariser Fremdenführer sich gelegentlich einer Versammlung zu seiner feindlichen Organisation beglückwünscht, die es den in Paris eingeschleppten, am Ruin des Landes schmarmrogenden Deutschen unmöglich macht, sich auch in dies — vermutlich zur Zeit sehr florierende — Geschäft einzubringen. Werden wir aus diesen Dingen lernen? Ach, ich glaube es nicht. Wenn solche Propaganda so geföhrt, daß er sie —

Großadmiral v. Tirpitz.

Am 19. März begeht der Mann seinen 75. Geburtstag, dessen Leben wie kaum ein zweites die Tragik des deutschen Volkes widerspiegelt, Großadmiral v. Tirpitz. Mit seltenem politischen Geschick, mit genialer sachmännlicher Klugheit brachte Tirpitz dem kaiserlichen Deutschland den allen Völkern begehrtesten wieder zum Bewußtsein und schuf aus dem Nichts eine Flotte, die sich bei der auf Jahrhunderte hinaus Traditionen aufbauenden englischen Flotte an die Seite stellen konnte. Das Werden der deutschen Flotte ist in jedem einzelnen Punkte eng verknüpft mit dem Namen Tirpitz. Die Torpedowaffe hat er, was Organisation, Technik und Schulung an-

